



«Die Erleichterung ist enorm»: Eva Herzog gewann eine komplexe Vorlage mit langwieriger Vorarbeit.

ROLAND SCHMID

Gemeinderatswahl Ur-Bettiger sticht Neuzuzüger aus

Am Ende war die Hypothek des erst 2017 nach Bettingen gezogenen Daniel Schoop im Vergleich zum im Dorf verwurzelten Matthias Walser zu gross. Für alle aber etwas überraschend wählte die Bettinger Stimmbevölkerung Walser gestern bereits im ersten Wahlgang. Mit 256 Stimmen übertraf er das Absolute Mehr von 220 Stimmen deutlich. Er tritt somit für die Bettinger Dorfvereinigung (BDV) die Nachfolge der abtretenden Belinda Cousin an.

Innerlich habe er sich auf einen zweiten Wahlgang eingestellt, meinte ein «überwältigter» Wahlsieger. Er sehe seine Stärken und Interessen unter anderem in den Bereichen Sport und Kultur. «Ich wünschte mir in Bettingen mehr Möglichkeiten für Bewegung und Sport für Jung und Alt. Dazu gehören auch Angebote im Bereich Gesundheitsprävention, aktiv und mittels Informationsveranstaltungen.»

Der geschlagene Schoop war trotz des guten Resultats von 214 Stimmen enttäuscht. Er sei nicht nur angetreten, damit die Bevölkerung eine Auswahl hat. «Natürlich wollte ich auch gewählt werden, auch wenn ich wusste, dass es schwierig wird.» Er werde sich weiterhin im Dorf engagieren und sich womöglich bei künftigen Wahlen für die Dorfvereinigung aufstellen lassen.

Ressortverteilung ist offen

Gemeindepräsident Patrick Götsch (Aktives Bettingen) wurde wie erwartet souverän im Amt bestätigt. Er erhielt 375 von 432 gültigen Stimmen, ein Resultat im Rahmen jenes vor vier Jahren, als er 340 von 371 gültigen Stimmen erhielt. Er freute sich neben seinem eigenen Resultat auch über die hohe Wahlbeteiligung von 66,2 Prozent. Sein persönliches Resultat würdigt er als Rückendeckung für seine Arbeit.

Götsch liess gestern offen, ob es zu Verschiebungen in der Ressortverteilung kommen wird. Vielleicht werden einzelne Ressort auch aufgespalten. Gerade das Ressort Finanzen und Bildung der abtretenden Cousin sei sehr arbeitsintensiv. Der neu gewählte Walser sieht sich jedenfalls nicht dort: «Wenn ich ehrlich bin, sind das schon nicht meine Herzsthemen.» Das zweitbeste Resultat hinter Patrick Götsch erzielte Eva Biland (BDV) mit 341 Stimmen vor Ueli Mauch (327, Aktives Bettingen) und Dunja Leifels (261, Aktives Bettingen). (TGF)

«Superoberglücklich»

SV17 Die komplizierte Steuervorlage ist für Finanzdirektorin Eva Herzog der grösste Sieg

VON BENJAMIN ROSCH

Freud und Leid standen gestern nebeneinander. Eben erst hatte Eva Herzog noch Regierungskollege Lukas Engelberger getröstet, jetzt schlug sie ungläubig die Hände vor dem Gesicht zusammen und rieb sich die feuchten Augen. Sie hatte es fertiggebracht, das widerborstige Monster, diesen verwickelten Mix aus Patentbox, Dividendenbesteuerung und Kinderzulagen, an Mann und Frau zu bringen. Und wie. Grossezügig gerundet sprachen sich vier von fünf Stimmenden für die Vorlage aus. Es ist der grösste Sieg der langjährigen Basler Finanzdirektorin aus der SP.

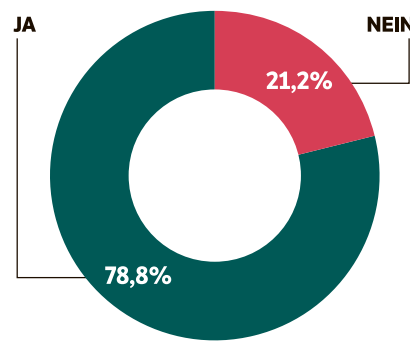
«Natürlich bin ich emotional geworden», sagte Herzog Minuten nach dem Verkünden der Zwischenergebnisse. Sie sei abergläubisch, habe deshalb im Vorfeld bewusst die Erwartungen tief gehalten. «Mit einem Sieg hatte ich gerechnet, aber nicht so: Ich bin superoberglücklich.» Zum Erfolg hat geführt, dass Herzog die neue Weise der Unternehmensbesteuerung mit Steuerer-

leichterungen für natürliche Personen verknüpft hat. Das sieht auch die Regierungsrätin so. «Man hat selbst auf nationaler Ebene erkannt, dass dies das Erfolgsrezept ist», sagte Herzog. Für die im Frühling anstehende eidgenössische Vorlage versprach sie sich vom gestrigen Resultat «viel Rückenwind».

Egal, was dann entschieden wird: Die Steuererleichterung für die Baslerinnen und Basler per 1. Januar 2019 steht jetzt fest. «Vieles können wir ohne die gesetzlichen Grundlagen der nationalen Abstimmung umsetzen», sagte Herzog. Ebenfalls fix ist nun der Unternehmenssteuersatz von 13 Prozent. Die für den Basler Forschungsstandort so wichtige Patentbox hingegen könnte so nicht aufgegleist werden. Ein Bericht soll nun Klarheit schaffen, welche Massnahmen mit und welche ohne ein nationales Ja einführbar wären, kündete Herzog gestern an. «Es ist aber absolut entscheidend, dass wir jetzt in Basel diese Abstimmung gewonnen haben.»

Martin Dätwyler hat als Direktor der Handelskammer beider Basel für ein Ja

Steuervorlage 17
Stimmbeteiligung 48,84%



GRAFIK: NCH

geworben. Er sieht nun vor allem den Landkanton in der Pflicht: «Baselland ist jetzt gefordert nachzuziehen, damit er ebenfalls ein attraktiver Kanton bleibt», sagte er.

Enttäuschte Basta

Naturgemäss lange Gesichter machten gestern im Grossratsvorzimmer die Gegner. Von den grösseren Parteien hatte einzig die Basta von Anfang an gegen die neue Steuervorlage gekämpft. Ihr Widerstand hatte damit

begonnen, den von der «Schweiz am Wochenende» beschriebenen Hinterzimmer-Deal nicht zu unterzeichnen. Mit dem Dokument hatte Eva Herzog nach Verhandlungen die Präsidenten aller Parteien verpflichtet, sich für die Vorlage einzusetzen. «Wir standen von Anfang an als David gegen Goliath da», sagte denn auch Basta-Co-Präsidentin Tonja Zürcher. Gegen die Regierung, gegen die grossen Parteien, gegen die Wirtschaftsverbände. Die Deutlichkeit des Resultats bezeichnete Zürcher dennoch als «brutal». Vor allem vor dem Hintergrund, wie gut das Referendum zustande kam, sei die Enttäuschung gross. Zürcher will ihre Kräfte nun für die nationale Abstimmung bündeln: «Dort haben wir nochmals eine Chance.»

Für Eva Herzog wird jener Abstimmungskampf nach dem gestrigen Resultat vor allem zu einer idealen Plattform im nun folgenden Kampf um den Ständeratssitz. Sie selbst gibt sich da wieder zurückhaltend: «Das ist noch kein Vertrauensbeweis. Aber auch nicht gerade ein Misstrauensvotum.»

Die «Dalbe» erhält ein neues Kleid

Trottoir Die Basler Stimmbevölkerung will, dass das Gestaltungskonzept Innenstadt auf die St. Alban-Vorstadt ausgeweitet wird.

Mit einer knappen Mehrheit sagt das Basler Stimmvolk Ja zur Umgestaltung der St. Alban-Vorstadt. 52 Prozent der Stimmenden sprechen sich für eine Ausweitung des Verkehrskonzepts Innenstadt auf die «Dalbe» aus. Die knapp 250 Meter zwischen St. Alban-Graben und Malzgasse können damit saniert und zu einer Begegnungszone umfunktioniert werden. Die kleine Trottoirinsel um den Schöneck-Brunnen entfällt, für die Sicherheit sind neu Steinpöller und Sitzbänke bestellt. Kostenpunkt der Umgestaltung: rund drei Millionen Franken.

Anwohner hatten das Referendum gegen den Grossratsentscheid ergriffen. Sie fürchten mehr Unfälle, wenn der Niveau-Unterschied zwischen Trottoir und Fahrbahn wegfällt. Entsprechend enttäuscht zeigten sich die Anrainer gestern über das Volksverdict: «Das Bau- und Verkehrsdepartement unter seinem Vorsteher, Regierungsrat Hans-Peter Wessels, wird sich in seiner Arranz bestärkt fühlen, an der direkt be-

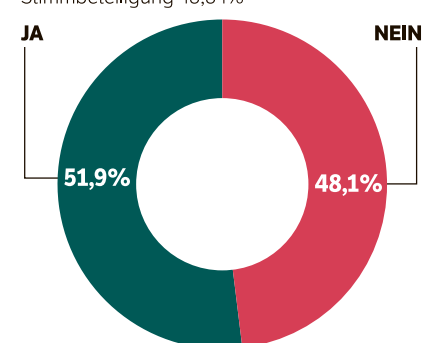


Hier wird nun bald Alpnacher Quarzsandstein verlegt.

NICOLE NARS-ZIMMER

troffenen Bevölkerung weiterhin falsch und vorbei zu regieren, und zwar ungeachtet der städtischen und historischen Fakten», lautete der scharfe Kommen-

Umgestaltung St. Alban
Stimmbeteiligung 48,84%



GRAFIK: NCH

tar des Referendumskomitees in einer Medienmitteilung.

Das gestrige Abstimmungsresultat fiel unter anderem deshalb so knapp aus, weil sich die beiden Basler Landgemeinden gegen eine Umgestaltung aussprachen: 3879 Riehener stimmten mit Nein, eine klare Mehrheit bei 3033 Befürwortern. Im ebenfalls tendenziell konservativen Bettingen fiel die Abstimmung 278 zu 167 aus.

LDP, FDP, SVP und Grünliberale hatten das Referendum unterstützt. Auch die freiwillige Denkmalpflege hatte ein Ablehnen des Grossratsentscheids empfohlen. Die Ja-Parole beschlossen hatten hingegen SP, Grünes Bündnis, CVP sowie Behindertenverbände und Pro Velo. (BRO) KOMMENTAR RECHTS

KOMMENTAR

Selbst eine Trottoir-Umgestaltung wird zum politisch heissen Pflaster

Der Kommentar zur Dalbe-Vorlage war im Kopf schon Tage vor der Abstimmung geschrieben. Stossrichtung: Es gibt zu viele Referenden in dieser Stadt, zu viele Vorlagen von bescheidenem Inhalt, die aufgrund ihrer steigenden Stückzahl den Basler Volksentscheid entwerten.

Aber ganz so einfach ist es nach gestern nicht mehr.



von Benjamin Rosch

Natürlich ist die Stimmbeteiligung nicht berauschend. Lediglich 48,4 Prozent der Stimmberechtigten konnten sich zu einem Entscheid durchringen; das ist im Basler Dreijahresvergleich ein höchst durchschnittliches Resultat. Zumal ja drei der vier Vorlagen wirklich wichtig waren.

Wie knapp das Urteil über die Umgestaltung der St. Alban-Vorstadt dann aber ausfiel, zeigt: Es war richtig, das Referendum zu ergreifen. Ein grosser Teil der Basler Bevölkerung - und noch ein viel grösserer Teil in Riehen und Bettingen - ist nicht zufrieden mit

der Umgestaltung der Innenstadt. Es ging um mehr als lediglich ein paar Pflastersteine in einer Strasse, die viele der Stimmenden kaum je benutzen. Die Gegner des Grossratsentscheids haben es geschafft, die Empörung einiger Anwohner als Projektionsfläche für den Missmut in der Verkehrsdebatte zu nutzen. Das ist ihnen als strategisch clever anzurechnen.

Verkehrsdirektor Hans-Peter Wessels darf als Erfolg verbuchen, wieder einmal eine Abstimmung gewonnen zu haben. Das ist beachtlich. Architektonische Neuerungen haben einen schweren Stand in der Stadt, die sich erfolgreich gegen eine Brücke von Santiago Calatrava, ein Stadtcasino von Zaha Hadid oder einen echten Kasernen-Durchbruch sträubte. Im baulich konservativen Basel wird selbst ein neues Trottoir zum heissen Pflaster.

Die verfahrenere Verkehrsdebatte ist mit dem knappen Ja indes keinen Schritt weitergekommen. Die vielen Mini-Entscheide verunmöglichen eine klare Deutung des Volkswillens, eine ganzheitliche, abseggene Strategie fehlt. Das wird offensichtlich goutiert. Man wünschte sich so viel Mitwirkung nur auch bei wichtigeren - halt komplexeren - Themen.

@benjamin.rosch@bzbasel.ch

«Vorwurf muss ich zurückweisen»

Ressentiments Die Gesundheitsdirektoren sehen keinen Rückschlag für die Partnerschaft

VON HANS-M. JERMANN UND LEIF SIMONSEN

Herr Engelberger, Sie müssen als Basler Gesundheitsdirektor ein deutliches Nein zur Spitalfusion hinnehmen. Ist das die gefürchtete Retourkutsche an die Adresse der Baselbieter, denen man in der Stadt in den vergangenen Jahren Rosinenpickerei vorgeworfen hat?

Lukas Engelberger: Gegen diese These spricht, dass man den Staatsvertrag zur gemeinsamen Versorgungsplanung in beiden Kantonen deutlich angenommen hat. Es gibt also den Willen zur Zusammenarbeit. Was Sie ansprechen, spielt aber gleichwohl eine Rolle. Es gab mehrere Nein-Komitees - darunter auch solche, die Zweifel gesät haben an den finanziellen Aspekten der Spitalfusion. Und wenn die Menschen unsicher sind, dann stimmen sie meist gegen ein neues, grosses Projekt.

Herr Weber, ist das Basler Nein zur Spitalfusion ein Rückschlag für die Partnerschaft beider Basel, nachdem es in den vergangenen Jahren wieder aufwärtsgegangen ist?

Thomas Weber: Ich muss einmal mehr betonen, dass es keine anderen zwei Kantone gibt, die so eng zusammenarbeiten wie Basel-Stadt und Baselland. Ich erwähne da nur die Uni und die Kultur, wo jüngst ein Durchbruch erzielt wurde. Wir arbeiten ja vor allem auf der Regierungsebene zusammen. Man muss sagen, die sozialdemokratischen Regierungsmitglieder in Basel-Stadt arbeiten sehr konstruktiv an der

«Wenn sich die destruktive Stimmung, die von einigen Basler Linken bewirtschaftet wird, in der Partnerschaft niederschlagen würde, würde mir das zu denken geben.»

Thomas Weber
Gesundheitsdirektor Baselland (SVP)

Partnerschaft. Wenn sich die destruktive Stimmung, die von einigen Basler Linken bewirtschaftet wird, in der Partnerschaft niederschlagen würde, würde mir das schon zu denken geben.

Die Partnerschaft liegt nicht nur in den Händen der Regierungen. So müssen etwa die Parlamentarier über die Uni-Budgets beraten.

Weber: Ich will die Parlamentarier dazu aufrufen, sich ihrer Verantwortung bewusst zu sein. Mal die Optik aus zehn Kilometern Lufthöhe einzunehmen und das Kleinkarierte hinter sich zu lassen. Das braucht unsere Region in Zukunft.

Herr Engelberger, Sie haben die Basler Zweifel an den finanziellen Aspekten angesprochen. Haben Sie selber schlecht verhandelt bei der Ausarbeitung des Fusionsvertrags?

Engelberger: Diesen Vorwurf muss ich strikt zurückweisen. Ich bin Jurist und habe schon einige Fusionen mitgestal-



Konsterniert: Lukas Engelberger (BS) und Thomas Weber (BL) analysieren das Basler Nein zur Spitalfusion. ROLAND SCHMID

tet. Diese Vereinbarung zwischen Stadt und Land ist absolut fair. Wenn Basel-Stadt mehr Rechte für sich beansprucht hätte, wäre das Land immer überstimmt worden. Das kann nicht sein in einer Partnerschaft.

Herr Weber, für das Universitäts-spital Basel sind die Konsequenzen eher längerfristig. Beim Kantonsspital Baselland ist die Situation schon heute prekär. Sie sprechen von schmerzhaften Entscheidungen, die anstehen. Was erwarten Sie?

Weber: Bei einem Ja zur Fusion hätten alle KSBL-Mitarbeiter gewusst, woran sie sind. Jetzt kommt eine steile Etappe. Verwaltungsrat und Regierungsrat werden definieren müssen, wie das KSBL künftig aussehen soll. Es muss die Investitionen selber stemmen können und Kosten senken. Das muss ich offen sagen: Das ist mit Stellenabbau verbunden. Von heute auf morgen wird das nicht passieren. Aber wir haben auch nicht fünf oder zehn Jahre Zeit. Wer denkt, mit dem Nein von heute sei alles vom Tisch und der Status quo könne beibehalten werden, der täuscht sich.

Das stationäre Angebot auf dem Bruderholz wird runtergefahren, so ist anzunehmen.

Weber: Das wird sicher ein Thema, alleine schon aus baulichen Gründen. Das Bettenhaus aus den 70er-Jahren ist auffällig. Welche Angebote es an welchem der drei Standorte geben wird, müssen wir anschauen. Aber wenn

man die Kosten senken will, muss man das Angebot sicher reduzieren.

Das Angebot lässt sich auch dank der gemeinsamen Gesundheitsversorgung steuern, zu dem die beiden Basel gestern Ja gesagt haben. Hier müssen Sie jetzt mit dem eisernen Besen kehren, wenn Sie wirklich Kostensenkungen erreichen wollen.

Engelberger: Die Experten sind sich einig, dass man die Angebote bündeln muss - auch, um die Qualität zu steigern. Auf diesem Weg sind wir schon, wir haben das Angebot in den vergangenen Jahren verknappt. Hier müssen wir weitergehen, aber diese Konzentration muss fair sein und fachlich gut begründet. Das gibt ein Seilziehen, da darf man sich keine Illusionen machen.

Müssen sich die Spitäler auf schmerzhafte Entzüge von Leistungsaufträgen gefasst machen?

Weber: Für diejenigen, den es erwünscht, wird es schmerzhaft. Deshalb müssen die Kriterien, die wir aufstellen, für private und öffentlich-rechtliche Spitäler genau gleich sein.

Ist dies der einzige gangbare Weg, die Kostenentwicklung zu bremsen?

Engelberger: Nachdem die Spitalfusion nun vom Tisch ist, gibt es darüber hinaus nur die Möglichkeit, Eingriffe verstärkt ambulant vorzunehmen. Nachdem die Tagesklinik auf dem Bruderholz nach dem Nein zur Fusion nicht gebaut wird, werden die Spitäler nun ein ambulantes Angebot schaffen müssen.

TROTZ RÜCKTRITTSFORDERUNG

KSBL-Präsident Widmer will im Amt bleiben

Der Baselbieter FDP-Landrat Sven Inäbnit ist in seiner Analyse deutlich. Er fordert nach dem Nein zur Spitalfusion fürs Kantonsspital Baselland «neue Ideen und neue Köpfe». Das kann fast nur als Rücktrittsforderung an die Adresse der aktuellen Verwaltungsräte unter Präsident Werner Widmer gelesen werden. Doch Letzterer will von einem Rücktritt nichts wissen. Das Baselbieter Volk habe zu dem von den Spitalern vorgeschlagenen Weg

sehr deutlich Ja gesagt, betont Widmer auf Anfrage. Auch wenn man sich davon nichts kaufen könne: Zähle man die Stimmen aus beiden Basel zusammen, so resultierte insgesamt letztlich eine deutliche Zustimmung. «Hätte Baselland die Spitalfusion abgelehnt, so hätte ich mich in der Tat infrage gestellt», fügt er an. Widmer spielt den Ball an die Baselbieter FDP zurück: Diese habe die Bevölkerung klar nicht erreicht. Bloss in drei von 86 Gemeinden gab es ein Nein zur Spitalfusion.

Spital-Vorlagen Fakten, Fakten, Fakten

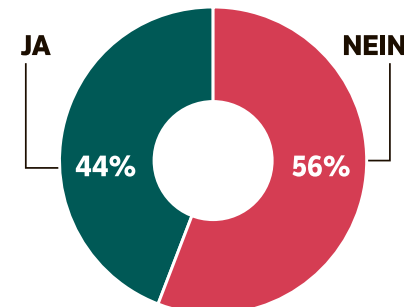
Die beiden Basel können ihre Kantonsspitäler nicht zusammenlegen: Die hart umkämpfte Spitalfusion ist im Stadtkanton abgelehnt worden, während das Baselbiet klar zugestimmt hat. Ein Staatsvertrag für engere Gesundheits-Kooperation kam in beiden Kantonen klar durch. Die Fusion wäre eine schweizweite Premiere gewesen. Sie hätte Leistungen über die Kantonsgrenzen bündeln und effizienter machen sollen. Mittelfristiges Sparziel waren 70 Millionen Franken; 400 Stellen standen auf der offiziellen Streichliste.

Die Fusion des Universitätsspitals Basel (USB) und des Kantonsspitals Baselland (KSBL) wurde im Stadtkanton mit 27 805 gegen 21 890 Stimmen abgelehnt; im Landkanton wurde sie mit 45 983 gegen 23 032 Stimmen angenommen. Der Nein-Anteil im Stadtkanton lag bei 55,95 Prozent; im Landkanton erreichten die Ja-Stimmen 66,63 Prozent. Die Stimmbeteiligung lag bei 48,84 Prozent in Basel-Stadt und 37,58 Prozent im Baselbiet.

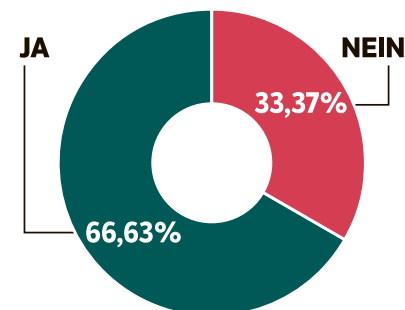
Der Zusammenschluss hätte den Abriss des maroden Bruderholzspitals in Binningen gebracht. Dort war statt des Akutspitals ein Tagesklinik-Neubau für ambulante Standard-Orthopädie-Eingriffe sowie Rehabilitation geplant - rund 150 Betten sollten wegfallen.

Unbestritten war dagegen ein zweiter Staatsvertrag für eine intensivere gemeinsame Gesundheitsplanung. Dieser wurde im Stadtkanton mit 33 539 gegen 16 309 Stimmen und im Landkanton mit 52 796 gegen 15 796 Stimmen gutgeheissen. Dies bedeutet Ja-Anteile von 67,28 Prozent in Basel-Stadt und 76,97 Prozent in Baselland. (SDA)

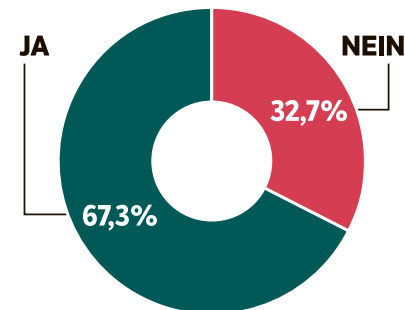
Spitalfusion Resultat aus Basel-Stadt Stimmbeteiligung 48,84%



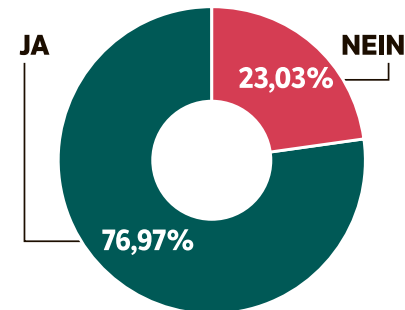
Spitalfusion Resultat aus Baselland Stimmbeteiligung 35,58%



Spitalplanung Resultat aus Basel-Stadt Stimmbeteiligung 48,84%



Spitalplanung Resultat aus Baselland Stimmbeteiligung 37,44%



REAKTIONEN AUS STADT UND LAND

... für die anderen ein schwarzer Tag



Joël Thüring
SVP-Grossrat BS
«Es scheint, als sei die Region nicht zu grossen Würfen imstande. Es wurde jetzt viel Baselland-Bashing betrieben. Gerade von jenen, die vor fünf Jahren für die Kantonsfusion waren.»



Silvia Schenker
SP-Nationalrätin BS
«Das ist ein ganz schwarzer Tag für die Partnerschaft von Basel-Stadt und Baselland.»



Maya Graf
Grünen-Nationalrätin BL
«Mit dem Basler Nein habe ich gerechnet. Es ist ein Rückschlag für die Partnerschaft. Wir dürfen uns nun in der Spitalpolitik im Baselbiet nicht einigeln. Das können wir uns nicht leisten.»



Baschi Dürr
FDP-Regierungsrat BS
«Zu respektieren, aber tatsächlich sehr schade. Brennen am Claraplatz schon die Höhenfeuer?»



Jürg Aebi
CEO Kantonsspital BL
«Die klare Mehrheit des Baselbieters Volk hält unseren Vorschlag für sinnvoll. Mit diesem Ja werden wir trotz Nein in Basel Wege gehen können, die bisher nicht möglich waren.»